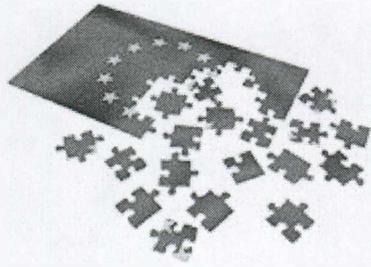


URL: <http://www.capital.de/politik/100020634.html>

από υ. Θέμελη



Jacques Delors

"Ein Messerstich in die europäischen Verträge"

Das EU-Urgestein zeichnet ein düsteres Bild vom Europa in Zeiten der Wirtschaftskrise, verlangt von Deutschland und Frankreich mehr Gemeinschaftsgeist – und zeigt Lust, das Ruder selbst noch einmal zu übernehmen.

Herr Delors, kaum jemand hat die Europäische Union so geprägt wie Sie. Derzeit stellt die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit die Gemeinschaft vor Zerreißproben. Schockieren die tagtäglichen Schreckensmeldungen den Monsieur Europe?

Delors: Vielleicht liegt es an meinem Alter, aber ich habe eine Abneigung gegen die negativen Superlative entwickelt, die jetzt überall herumgeistern. Wenn ich Leute höre, die sagen, nach dieser Krise wird nichts mehr so sein wie früher, muss ich sogar ein bisschen lächeln. Vor allem, da uns ja immer noch viele Informationen über das wahre Ausmaß der Probleme fehlen. Trotzdem kann ich nicht verhehlen: Auch ich bin sehr beunruhigt über das, was sich im Augenblick abspielt – in der Wirtschaft wie in der Politik.

Haben Sie ein Déjà-vu? Als Sie 1985 Ihr Amt als Präsident der EU-Kommission antraten, steckte Europa ebenfalls in Nöten. Die Wirtschaft litt unter den Folgen der Ölkrisen, die Nerven der Politiker lagen blank.

Delors: Die Vergangenheit kann uns helfen, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Die aktuelle Krise ist ein großer Stresstest für die gesamte europäische Konstruktion. Aber Europa kann gestärkt daraus hervorgehen – wenn die EU-Staaten miteinander und nicht gegeneinander reagieren. Als ich in Brüssel anfang, herrschte zwischen den Mitgliedsländern eine Totalblockade, die europäische Familie war bei allen wichtigen Fragen zerstritten.

Trotzdem, es hat nur zwei, drei Jahre gedauert, um der EU neuen Schwung zu geben und große Projekte der ökonomischen Integration voranzutreiben – etwa den Binnenmarkt, die Unterstützung unterentwickelter Regionen und den Euro. Das Zusammenraufen hat uns für lange Zeit Wachstum, Stabilität und Wohlstand beschert. Diese Erkenntnis würde ich ins Zentrum rücken, wenn ich heute noch am Ruder wäre.

Das hört sich an, als ob Sie Lust hätten, das Schiff höchstpersönlich noch einmal durch den Sturm bringen.

Delors: Die Erlebnisse während meiner Amtszeit waren aufreibend und mitunter frustrierend, auch, weil der Handlungsspielraum des Kommissionspräsidenten begrenzt ist. Ich kenne das Gefühl, dass einem zum Heulen zu Mute ist. Das Gefühl, bei manchen Dingen versagt zu haben. Aber ehrlich gesagt: Die Herausforderung würde mich trotzdem immer noch reizen.

Ein Misstrauensvotum gegen die heute Amtierenden?

Delors: Jedenfalls zieht Europa bislang nicht an einem Strang. Zudem reagiert es langsam und behäbig – etwa bei neuen Regeln in der Finanzaufsicht oder beim Aufräumen in den Bilanzen der Banken. Und viele nationale Regierungen schrecken nicht einmal mehr vor Protektionismus zurück.

Ist das Thema nicht beerdigt? Auf einem Sondergipfel haben kürzlich die Staats- und Regierungschefs einander versprochen, davon die Finger zu lassen.

Delors: Das wäre sehr gut. Aber die Zwischenbilanz sieht anders aus. Nehmen Sie zum Beispiel die Abwrackprämie für Autos. Sie ist von Land zu Land unterschiedlich hoch – und damit ein Messerstich in die europäischen Verträge.

Dabei sind die Vorteile gemeinsamen Vorangehens doch für jedermann offensichtlich: Der Binnenmarkt und die einheitliche Währung haben den Handel beflügelt und allein in den letzten zehn Jahren mehr als 15 Millionen Jobs geschaffen. Der neue Protektionismus dagegen droht den Binnenmarkt zu zerstören, mein politisches Vermächtnis ist in Gefahr.

Einer, der diese Lehren vergessen zu haben scheint, ist Nicolas Sarkozy. Er wollte

französischen Autobauern nur helfen, wenn sie Werke in anderen EU-Ländern und nicht zu Hause schließen. Zwar hat ihn Brüssel zurückgepfiffen. Aber hat diese Aktion nicht entlarvt, dass Ihr Staatspräsident im Herzen ein Anti-Europäer ist?

Delors: Was erwarten Sie von mir? Ich kann doch nicht in einem deutschen Magazin den Stab über meinen Präsidenten brechen, ich spiele nicht den Ankläger.

Natürlich muss man in Maßen Verständnis für Sondertouren haben, weil die Politiker zu Hause unter enormem Druck stehen. Aber anders als früher fehlt es heute an Gegenkräften: an großen Führungspersönlichkeiten, die für das europäische Ideal eintreten und den Gemeinschaftsgeist hochhalten. Es mangelt am Einsatz und einer Strategie, Europa noch stärker miteinander zu verzahnen.

Auch in der Euro-Zone, die unter Ihrer Ägide auf den Weg gebracht worden ist, herrscht Streit. Die Krise offenbart, wie weit die Mitglieder ökonomisch auseinandergedriftet sind. Kann die Union auseinanderbrechen, wie Pessimisten befürchten?

Delors: Die Situation ist gefährlich. Das zeigt auch die Reaktion der Märkte, die Anleiherenditen verschiedener Staaten entwickeln sich auseinander.

Es ist inakzeptabel, dass Länder, die Reformen vernachlässigt haben, jetzt erwarten, dass die Partner einspringen und die Lasten tragen. Ich kann mir gut vorstellen, dass der Druck der Starken auf die Schwachen zunimmt, bessere Politik zu machen – oder die Währungsunion zu verlassen. Die Ausscheider wären von vielen Zwängen befreit, müssten aber auf die stimulierende Wirkung des Euro verzichten.

Spanien oder Griechenland haben binnen zehn Jahren über ein Drittel an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland verloren. Wie konnte das passieren?

Delors: Die Währungsunion hat per saldo allen Mitgliedern Vorteile gebracht. Aber die Euro-Zone leidet unter Schizophrenie. Die Mitgliedsländer sind monetär voll integriert, und die EZB macht einen sehr guten Job. Zugleich fehlt eine wirkliche Kooperation der nationalen Wirtschaftspolitikern. Der Stabilitätspakt ist nützlich, reicht aber nicht aus.

Die Schutzwirkung des Euro vor Schocks von außen hat einige Regierungen dazu verführt, die ökonomische Fitness des Landes zu vernachlässigen. In der aktuellen Notsituation rächt sich, dass sich die Politiker in den guten Zeiten so geziert haben, stärker zu kooperieren. Sonst wäre es viel leichter, sich zusammzusetzen, sich zu vertrauen und gemeinsam gegen die Spannungen anzukämpfen. Ich habe das schon früher immer wieder vorgeschlagen, bin aber auf taube Ohren gestoßen.

Der Begriff Kooperation hat Konjunktur, und jeder versteht etwas anderes darunter. Was genau meinen Sie?

Delors: Das kommt auf den Bereich an, bei der Forschung mag das konkret anders aussehen als bei der Infrastruktur. Aber auf alle Fälle müsste jedes Land akzeptieren, dass die Partnerstaaten die nationale Wirtschaftspolitik genau beobachten und bewerten. Und zwar daraufhin, ob sie tatsächlich zu mehr Konvergenz in der Euro-Zone führt.

Die Aussichten dafür sind leider nicht gut. Vor allem die Finanzminister wehren sich mit Händen und Füßen. Sie sind die Minister, die am wenigsten europäisch ticken, weil sie um ihren Einfluss fürchten. Aber auch die Regierungschefs wollen sich nicht zu stark durch einen offenen Dialog reinreden lassen.

Reden Sie einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung für die Euro-Zone das Wort, die Frankreich fordert?

Delors: Ich bin nicht grundsätzlich gegen eine Wirtschaftsregierung. Aber die Währungsunion ist nicht reif für eine solche neue Institution. Schon der Begriff lässt in Berlin oder Den Haag sämtliche Alarmglocken läuten, weil man den Absichten der Absender nicht traut – und beispielsweise eine Politisierung der Europäischen Zentralbank befürchtet.

Die Wirtschaftskulturen zwischen den Euro-Staaten unterscheiden sich eben nach wie vor deutlich. Eine Angleichung braucht noch Zeit. Im Augenblick hat eine Wirtschaftsregierung deshalb keine Chance. Aber eins ist klar: Wenn man den Grundgedanken nicht akzeptiert, dass mehr Absprachen nötig sind, bin ich für die Zukunft des Euro pessimistisch. Ich würde mir wünschen, dass sich vor allem das föderale Deutschland in Richtung mehr Kooperation

bewegt.

Die Partnerschaft zwischen Paris und Berlin galt stets als Motor für die Integration Europas. Der aber scheint heute trotz jüngster Reparaturversuche zu stottern, oder?

Delors: Sie haben Recht. Da funktioniert, offen gesagt, zurzeit wenig bis gar nichts. Und zwar auf allen Ebenen, sei es in der Politik, sei es in der Wirtschaft. Der deutsch-französische Motor reicht zwar alleine nicht aus, um Europa voranzubringen. Aber ohne ihn geht es auf keinen Fall.

Liegt es daran, dass die Chemie zwischen Kanzlerin Angela Merkel und Nicolas Sarkozy nicht stimmt?

Delors: Zu deren Verhältnis kann ich nichts sagen. Das Problem besteht jedenfalls schon länger. Die Beziehung insgesamt ist nicht mehr so intensiv wie früher, so fruchtbar und voller gemeinsamer moralischer und spiritueller Werte.

Das liegt gewiss auch daran, dass die Erinnerungen an die Nachkriegszeit verblassen und Gleichgültigkeit einzieht. Es wäre allerdings fatal, wenn das große moralische Kapital der deutsch-französischen Beziehungen kaputt geht.

Ob bei EADS, Siemens, Alstom oder Aventis-Sanofi: Auch zwischen Konzernen häufen sich die Probleme.

Delors: Leider ja. Wie ich bei vielen Treffen mit Top-Managern aus beiden Ländern festgestellt habe, gibt es einen wichtigen Unterschied in der Denkkultur: Deutsche Manager ticken deutlich globaler als ihre französischen Kollegen – Ihr Land ist nicht umsonst Exportweltmeister.

Diese Differenzen nehmen bedauerlicherweise zu. Vor allem wir Franzosen müssen aufpassen, dass wir der Globalität nicht mit Arroganz begegnen. Dazu gibt es in unserer Elite mitunter eine gewisse Tendenz.

Die Divergenzen innerhalb der EU haben sich durch die Osterweiterungen seit 2004 noch vergrößert. Einige der Neumitglieder stehen am ökonomischen Abgrund, der ungarische Premierminister Ferenc Gyurcsány fürchtet "einen neuen Eisernen Vorhang" zwischen West und Ost. War die schnelle Erweiterung ein Fehler?

Delors: Sie hat die Situation natürlich nicht einfacher gemacht – aber es gab zu ihr keine Alternative. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wäre es unmoralisch und unmöglich gewesen, den Staaten, die so lange unter dem Totalitarismus gelitten hatten, nicht den europäischen Arm auszustrecken. Der Westen musste seiner geschichtlichen Verantwortung nachkommen.

Aber wie lassen sich die Fliehkräfte beherrschen?

Delors: Entscheidend ist jetzt, die inneren Mechanismen der EU an die größere Union anzupassen – zum Beispiel die Entscheidungsprozesse schneller und durchsichtiger zu machen. Besonders wichtig wären mehr Möglichkeiten zur verstärkten Zusammenarbeit einzelner Mitglieder, die bei der Integration weiter gehen wollen als andere. Gleichzeitig brauchen wir eine Ausstiegsklausel für solche Staaten, die nicht mehr mitmachen wollen oder können.

Schon bald könnte mit Kroatien der 28. Staat hinzukommen. Ist Europa für neue Mitglieder gerüstet?

Delors: Nein, das glaube ich nicht. Die bisherigen Erweiterungen sind aus vielen Gründen ein Glück gewesen – aber in der derzeitigen Verfassung sind weitere Runden nicht machbar. Wir müssen zunächst ein neues Gleichgewicht zwischen dem Vertiefen und Erweitern der EU schaffen.

Kann der Lissabon-Vertrag die Situation entscheidend verbessern?

Delors: Da noch nicht alle Mitgliedsstaaten über die Annahme des Vertrags entschieden haben, lautet die politische Antwort selbstverständlich: ja.

Das klingt kryptisch. Anders gefragt: Wenn die Iren im Verlauf dieses Jahres auch in ihrem zweiten Referendum nein sagen und der Vertrag scheitert – bricht dann für die EU eine Welt zusammen?

Delors: Nach der Abstimmung in Irland können Sie wieder zu mir kommen und ich werde ihnen sagen, was ich diesbezüglich im tiefsten Inneren denke.

Nicht nur im Innern muss die EU sich rasch fit für die Zukunft machen. Können wir Europäer noch verhindern, dass wir weltweit an Einfluss verlieren und hinter China und Indien zurückfallen?

Delors: Bei Wirtschaft, Handel und auf den Finanzmärkten können wir auf jeden Fall auf Augenhöhe bleiben – aber nur, wenn wir uns auf gemeinsames Handeln auf der internationalen Bühne einigen. Und da muss ich etwas politisch Unkorrektes loswerden: Die kleinen EU-Staaten müssen verstehen, dass die großen eine Geschichte haben und eine besondere Rolle.

Das gilt zum Beispiel auch für die EU-Kommission. Nach den Verträgen von Nizza und Lissabon muss sie kleiner werden, so dass nicht mehr jedes Mitgliedsland ständig einen Vertreter stellt. Aber können Sie sich eine Kommission ohne Abgesandte aus Deutschland, England oder Frankreich vorstellen? Niemand hat das beachtet, als die Verträge gemacht wurden. Aber seien wir realistisch: Das wäre absurd.

Sie kritisieren viel und haben gleichzeitig jede Menge Verbesserungsvorschläge. Ziehen denn Verantwortliche wie Sarkozy oder Kommissionspräsident José Manuel Barroso Sie hin und wieder zu Rate?

Delors: Mein Draht in die französische Regierung ist, ehrlich gesagt, gleich null; in Paris zählt das Wort der Alten nichts. Auf europäischer Ebene sind die Kontakte besser, da rede ich häufiger mal mit den Regierungschefs, Kommissaren und Parlamentariern. Einige sind langjährige Freunde von mir. Allerdings gefällt Ihnen nicht unbedingt, was ich sage.

Woran hakt es denn ?

Delors: Ich mache auf ganz konkrete Fehler und Mängel aufmerksam, die sich im Zusammenspiel der EU-Institutionen auftun – und davon gibt es viele. Das langweilt die meisten Spitzenpolitiker oder irritiert sie sogar.

Weiterlesen →

von Claudio De Luca

capital.de, 16.03.2009

© 2009 capital.de © Fotos / Illustrationen: fotolia.com